

## ***Diskussionspapier***

# ***Wie viel Verfassungsschutz braucht der Freistaat Sachsen?***

## ***Einsparpotentiale beim Landesamt für Verfassungsschutz***

**Miro Jennerjahn**  
Demokratiepolitischer Sprecher

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 48  
Telefax: 0351 / 493 48 09

miro.jennerjahn@slt.sachsen.de

Dresden, den 20. Oktober 2010

### **1. Vorbemerkung**

Das vorliegende Papier beleuchtet die Personal- und Finanzausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Im Hinblick auf die Personalsituation können keine Angaben zu Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gemacht werden, da die Haushaltspläne und Beschreibungen der Verfassungsschutzbehörden nicht die nötige Transparenz aufweisen, um Mitarbeiterzahlen zu ermitteln. Gleiches gilt für die finanzielle Ausstattung der einzelnen Behörden. Nicht in jedem Bundesland ist wirklich transparent ausgewiesen, wie viel Geld die jeweilige Verfassungsschutzbehörde erhält. Hier konnten nur für 10 Bundesländer Vergleichsdaten ermittelt werden. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein konnten daher nicht berücksichtigt werden.

### **2. Übersicht über die Personalsituation des Verfassungsschutz Sachsen**

Bei der Gegenüberstellung der Personalausstattung wurde die Zahl der Verfassungsschutzmitarbeiter ins Verhältnis zur Einwohnerzahl des betreffenden Bundeslandes gesetzt. Die Spannweite ist in der Bundesrepublik sehr weit und reicht von 11.734,8 Einwohnern pro Verfassungsschützer in Hamburg bis 53.056,4 Einwohner pro Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Eine genaue Auflistung über die Anzahl Mitarbeiter der jeweiligen Verfassungsschutzbehörden in den einzelnen Ländern findet sich im Anhang 1.

**Sachsen** plant im Entwurf des Doppelhaushalts **2011/2012** mit **194 Verfassungsschutzmitarbeitern, davon 182 Beamte und 12 Angestellte**. Im bundesweiten Vergleich liegt **Sachsen** mit **21.488,3 Einwohnern pro Verfassungsschutzmitarbeiter damit auf Platz 4. Vor Sachsen liegen lediglich die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg**. Ein ähnliches Verhältnis wie Sachsen weisen lediglich Brandenburg mit 21.628,4 zu 1 und Thüringen mit 22.958 zu 1 auf. In Rheinland-Pfalz, das aufgrund einer ähnlichen Einwohnerzahl wie Sachsen häufig für unmittelbare Vergleiche herangezogen wird, liegt das Verhältnis bei 24.713,8 zu 1. Der **Bundesdurchschnitt beträgt 29.517,7 zu 1**, rechnet man die drei Stadtstaaten heraus und betrachtet nur die **Flächenländer** liegt das Verhältnis bei **31.763,3 zu 1**.

Deutlich wird: **Sachsen ist in der Zahl der Verfassungsschutzmitarbeiter deutlich überdurchschnittlich ausgestattet**. Vor dem Hintergrund des deutlichen Personalabbaus in einigen Bereichen (besonders auffällig z. B. bei der Polizei) stellt sich die Frage warum das Landesamt für Verfassungsschutz gegenüber 2010 unangetastet bleibt. In den letzten Jahren ist lediglich ein leichter Personalrückgang von 205 Mitarbeitern (2008) auf 194 Mitarbeiter (2010) zu verzeichnen, für die Jahre 2011 und 2012 ist kein weiterer Personalabbau vorgesehen.

Die Vergleichszahlen mit den anderen Bundesländern zeigen jedoch, dass hier politischer Handlungsspielraum gegeben ist. Eine **Angleichung an Rheinland-Pfalz** würde so z. B. zu einer **Reduzierung auf 168,7 Mitarbeitern** führen, eine **Anpassung an den Bundesdurchschnitt zu 141,2** und eine **Anpassung an den Schnitt der Flächenländer zu 131,2 Mitarbeitern** führen.

Rechnet man dies auf den Freistaat Sachsen um, würde eine Anpassung an das Bundesland Rheinland-Pfalz rein rechnerisch einen Abbau von 25,3 Stellen nach sich ziehen, das Angleichen an den Bundesdurchschnitt einen Abbau von 52,8 Stellen und eine Anpassung an den Durchschnitt der Flächenländer einen Abbau von 62,8 Stellen.

**Mögliche Forderungen nach Personalabbau wären also in den Schritten 25, 50 oder 60 Planstellen sachlich zu verargumentieren.**

### **3. Übersicht über die finanzielle Ausstattung des Verfassungsschutz Sachsen**

Im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung wurde errechnet, wie hoch der finanzielle Aufwand pro Einwohner für den Verfassungsschutz ist. Auch hier ergibt sich ein sehr weites Spektrum von 6,77 Euro in Hamburg bis 1,48 Euro in Baden-Württemberg.<sup>2</sup> Zu Grunde gelegt wurden bei den anderen Bundesländern die Daten des Jahres 2010 im Falle Baden-Württembergs von 2009. Eine Vergleichbarkeit ist gegeben, da der Etat des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen in 2011 leicht gegenüber 2010 abfällt, im Jahr 2012 jedoch wieder über den Wert des Jahres 2010 hinaus geht.

Der Freistaat **Sachsen** plant für das Jahr **2011** mit einem Haushaltsansatz von **11.923.700 Euro** für das Landesamt für Verfassungsschutz. Das entspricht **2,86 Euro je Einwohner**. Damit liegt **Sachsen auch hier auf Rang 4. Vor Sachsen** finden sich wiederum lediglich die drei **Stadtstaaten Berlin** (3,11 Euro je Einwohner), **Bremen** (3,62 Euro je Einwohner) und **Hamburg** (6,77 Euro je Einwohner). Ein ähnliches Finanzierungsverhältnis wie in Sachsen gibt es in Thüringen (2,75 Euro je Einwohner) und Hessen (2,72 Euro je Einwohner).

Im Durchschnitt geben die **Bundesländer 2,34 Euro je Einwohner** für ihre Verfassungsschutzbehörden aus, berechnet man nur die Ausgaben der **Flächenländer** liegt der Wert bei **2,09 Euro je Einwohner**.

Nimmt man den Bundesdurchschnitt als Grundlage der Berechnung ließe sich eine Absenkung des Etats des Sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz auf knapp 9,76 Mio Euro verargumentieren. Legt man den Durchschnitt der Flächenländer an, sinkt dieser Wert auf etwas über 8,71 Mio Euro.

### **4. Einsparmöglichkeiten beim Landesamt für Verfassungsschutz**

Ein Absenken des Etats des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen auf den bundesdeutschen Schnitt oder den Schnitt der Flächenländer ist möglich, wenn eine Mischung von Personalreduktion und Absenkung der Sachmittel des Verfassungsschutzes angewendet wird.

---

<sup>2</sup> Eine detaillierte Auflistung der pro Kopf-Ausgaben je Bundesland befindet sich in der Anlage 2.

So wären etwa bei einer pauschalen (defensiven) Veranschlagung von 40.000 € je Planstelle folgende Absenkungen des Etats möglich (in Klammern jeweils alternative Berechnung mit 50.000 € je Planstelle):

Angleichung an Durchschnitt Rheinland-Pfalz: 1.000.000 € (1.250.000 €)  
(25 eingesparte Planstellen)

Angleichung an Bundesdurchschnitt: 2.000.000 € (2.500.000 €)  
(50 eingesparte Planstellen)

Angleichung an Durchschnitt Flächenländer: 2.400.000 € (3.000.000 €)  
(60 eingesparte Planstellen)

Die restlichen Einsparungen wären über die Sachmittel zu realisieren.

Wird eine Anpassung des Etats des Landesamtes für Verfassungsschutz an den Schnitt der Flächenländer angestrebt müssten Kürzungen in Höhe von etwas mehr als 3,2 Mio Euro vorgenommen werden. Bei einem Abbau von 60 Stellen wären davon 2,4 Mio bis 3 Mio Euro über Personalausgaben und rund 200.000 bis 800.000 Euro über Sachmittel zu erbringen.

Politisch entschieden werden muss dann, wie mit den abgebauten Stellen des Landesamtes umgegangen wird. Denkbar wären hier

eine Verschiebung in andere Aufgabenbereiche (z. B. Polizeidienst);

den tatsächlichen Abbau von Stellen und das Umlenken der daraus frei werdenden finanziellen Mittel in die Finanzierung GRÜNER Projekte;

ein Mix aus beiden Maßnahmen.

## **5. Vorschläge des Arbeitskreis Demokratie und Recht**

Der Arbeitskreis Demokratie und Recht schlägt folgende Maßnahmen hinsichtlich des Landesamtes für Verfassungsschutz in den Beratungen des Haushaltsentwurfs für die Jahre 2011/2012 vor:

- a) Der Finanzaufwand je Einwohner im Etat des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen wird an den Durchschnitt der Flächenländer angepasst. Dieser liegt bei 2,09 Euro je Einwohner.
- b) Der Gesamtetat des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen sinkt dadurch in 2011 auf 8.712.650 Euro.
- c) Um dieses Ziel zu erreichen, werden beim Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 60 Personalstellen gestrichen, der Rest wird durch eine Absenkung der Sachmittel im erforderlichen Rahmen erzielt.
- d) Das finanzielle Äquivalent von 10 bis 15 Personalstellen sowie die frei werdenden Sachmittel werden zur Stärkung des Demokratieförderprogramms „Weltoffenes Sachsen“ und für die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros Sachsen verwendet.
- e) 40 bis 45 Stellen werden in den Personalbestand der Polizei verschoben. Dieses gegenüber dem gegenwärtigen Haushaltsentwurf zusätzliche Personal soll insbesondere zur Stärkung der polizeilichen Arbeit im ländlichen Raum dienen.
- f) 5 Stellen werden in den Justizdienst (Staatsanwälte und Richter) verschoben. Das zusätzliche Personal wird insbesondere mit der Bearbeitung des Themenfeldes Rechtsextremismus betraut.

Die angestrebten Einsparungen beim Landesamt für Verfassungsschutz dienen somit insbesondere der Stärkung der Prävention gegen Rechtsextremismus sowie der Aufklärung und juristischen Ahndung rechtsextremer Straftaten.

## Anhang 1: Übersicht Personalausstattung Verfassungsschutzbehörden

Bundesland	Beamte	Angest.	Gesamt	Einwohner	EW pro VS	Rang
Baden-Württemberg (2009)	256	82	338	10744921	31789,7	11
Bayern (2009)	345,5	87,6	433,1	12510331	28885,5	10
Berlin (2010)	137,83	43,43	181,26	3440400	18980,5	3
Brandenburg (2009)			116	2508900	21628,4	5
Bremen (2010)	34,55	8	42,55	661267	15540,9	2
Hamburg (2009)	109	42,5	151,5	1777825	11734,8	1
Hessen (2009)	198,5	47,5	246	6062000	24642,3	7
Niedersachsen (2010)	209		209	7928815	37936,9	13
Nordrhein-Westfalen (2009)			338	17933064	53056,4	14
Rheinland-Pfalz (2009)			163	4028351	24713,8	8
Saarland (2009)			ca. 80	2569680	32121	12
Schleswig-Holstein (2009)			ca. 100	2830620	28306,2	9
Thüringen (2010)	83	15	98	2249882	22958	6
Sachsen (2011)	182	12	194	4168732	21488,3	4
<b>Gesamt Bund</b>			<b>2690,41</b>	<b>79414788</b>	<b>29517,7</b>	
<b>Gesamt Flächenländer</b>			<b>2315,1</b>	<b>73535296</b>	<b>31763,3</b>	

Anmerkung:

Das Jahr in Klammern hinter dem Bundesland zeigt das Jahr an, aus dem der Stellenplan stammt.

Die Spalte „EW pro VS“ zeigt an, wie viele Einwohner auf einen Verfassungsschützer kommen.

## Anhang 2: Übersicht Finanzausstattung Verfassungsschutzbehörden

Bundesland	Jahr	Etat	Einwohner	€ pro EW	Rang
Baden-Württemberg	2009	15955400	10744921	1,48	10
Bayern	2010	25274000	12510331	2,02	8
Berlin	2010	10682800	3440400	3,11	3
Bremen	2010	2394240	661267	3,62	2
Hamburg	2010	12044000	1777825	6,77	1
Hessen	2010	16518100	6062000	2,72	6
Niedersachsen	2010	16801000	7928815	2,12	7
Saarland	2010	3967900	2569680	1,54	9
Thüringen	2010	6182800	2249882	2,75	5
Sachsen	2011	11923700	4168732	2,86	4
<b>Gesamt Bund</b>		<b>121743940</b>	<b>52113853</b>	<b>2,34</b>	
<b>Gesamt Flächenländer</b>		<b>96622900</b>	<b>46234361</b>	<b>2,09</b>	